

**Schriften zum Europäischen Recht**

---

**Band 22**

**Die soziale Dimension  
der Europäischen Gemeinschaft**

**Von  
Heike Kuhn**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**HEIKE KUHN**

**Die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft**

**Schriften zum Europäischen Recht**

Herausgegeben von  
**Siegfried Magiera und Detlef Merten**

**Band 22**

# **Die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft**

**Von  
Heike Kuhn**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die vorliegende Untersuchung wurde im  
**Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung**  
bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer durchgeführt

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Kuhn, Heike:**

Die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft / von  
Heike Kuhn. – Berlin : Duncker und Humblot, 1995

(Schriften zum europäischen Recht ; Bd. 22)

Zugl.: Speyer, Hochsch. für Verwaltungswiss., Diss., 1994

ISBN 3-428-08310-5

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1995 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0937-6305

ISBN 3-428-08310-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 (∞)

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer im Sommersemester 1994 als Dissertation angenommen worden. Für die Veröffentlichung wurde sie überarbeitet und ergänzt, um neuere Entwicklungen aufzeigen zu können. Schrifttum, Rechtsprechung und Dokumente der Gemeinschaftsinstitutionen konnten bis zum 30.04.1994 berücksichtigt werden.

Die Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als Forschungsreferentin am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Dem Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht, und Betreuer der Arbeit, Herrn Prof. Dr. *Siegfried Magiera*, danke ich für die wohlwollende Begleitung der Arbeit und seine konstruktive Kritik.

Folgenden Personen, die zum Entstehen der Arbeit beigetragen haben, bin ich zu Dank verpflichtet. Frau *Doris Gerlof* und Frau Dr. *Ulrike Städtler* vom Informationsdienst des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften haben mir stets die neuesten Urteile und Schlußanträge zukommen lassen. Frau *Angelika Grund* vom Europäischen Dokumentationszentrum der Universität Mannheim hat mir zahlreiche weitere Gemeinschaftsdokumente zur Verfügung gestellt. Frau *Maren Kresse*, Bonn, hat durch ihren linguistischen Sachverstand zu einer besseren Lesbarkeit des Textes beigetragen und gewissenhaft Korrektur gelesen. Besonderen Dank sagen möchte ich Frau *Elisabeth Lerchenmüller*, Sekretärin am Forschungsinstitut, die mir eine wertvolle Hilfe bei der Textverarbeitung, insbesondere bei der Erstellung des Inhaltsverzeichnisses und des Literaturverzeichnisses, war.

Danken möchte ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forschungsinstituts und der Hochschule in Speyer für die gewährte Unterstützung und die besonders angenehme Arbeitsatmosphäre.

Schließlich gebührt mein Dank Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und den Herren Professoren Dr. *Siegfried Magiera* und Dr. Dr. *Detlef Merten* für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe.

Oberwinter, im Dezember 1994

*Heike Kuhn*

## Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	29
-------------------------	----

### *1. Teil*

#### **Die gemeinschaftliche Praxis im sozialen Bereich**

A. Die Bedeutung des sozialen Bereichs vor Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft .....	34
I. Der soziale Bereich von der Gründung der Gemeinschaft bis zu ihrer ersten Erweiterung .....	34
II. Der soziale Bereich vom Zeitpunkt der ersten Erweiterung der Gemeinschaft bis zum Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte .....	44
III. Der soziale Bereich seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte .....	49
B. Die Bedeutung des sozialen Bereichs nach Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft .....	55
I. Spezielle Kompetenzzuweisungen im sozialen Bereich .....	57
II. Institutionen im sozialen Bereich .....	62
III. Soziale Aspekte in Aufgaben- und Zielbestimmungen .....	63
IV. Änderungen allgemeiner Kompetenznormen .....	63
V. Beachtung des Subsidiaritätsprinzips für den sozialen Bereich .....	64
VI. Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Dezember 1993 ..	74
VII. Das Grünbuch über die europäische Sozialpolitik und das Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" .....	75
VIII. Kritik des Europäischen Parlaments an der Gestaltung des sozialen Bereichs im Vertrag über die Europäische Union ....	78

C.	Das Tätigwerden der Gemeinschaft im sozialen Bereich im einzelnen .....	79
	I. Maßnahmen im Hinblick auf Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen .....	79
	II. Maßnahmen im Hinblick auf Personen, die von der Niederlassungsfreiheit oder dem Recht auf freien Dienstleistungsverkehr Gebrauch machen .....	99
	III. Maßnahmen im Hinblick auf Unionsbürger und sonstige in der Gemeinschaft lebende Personen .....	102
	IV. Errichtung von Institutionen im sozialen Bereich .....	165

## *2. Teil*

### **Bewertung einzelner gemeinschaftlicher Maßnahmen im sozialen Bereich aus rechtlicher Sicht**

A.	Einflüsse des Gemeinschaftsrechts auf individuelle Arbeitsverhältnisse .....	176
	I. Sicherheits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer im Rahmen des EG-Vertrages .....	177
	II. Der vom Gemeinschaftsrecht gesetzte Rahmen für Arbeitsbedingungen .....	205
B.	Der Transfer von Leistungen der sozialen Sicherheit als "Sozialtourismus" .....	237
	I. Gewährung von Familienleistungen nach den Art. 72 ff. VO (EWG) Nr. 1408/71 .....	238
	II. Gewährung von Leistungen bei Krankheit nach den Art. 18 ff. VO (EWG) Nr. 1408/71 .....	260
	III. Ergebnis .....	272
C.	Der Soziale Dialog auf europäischer Ebene .....	275
	I. Die Stärkung des Sozialen Dialogs seit Mitte der achtziger Jahre .....	276
	II. Die Diskussion um Kollektivverträge auf europäischer Ebene .....	278

III. Perspektiven des Sozialen Dialogs auf europäischer Ebene .....	291
---	-----

### 3. Teil

#### **Bilanz und Perspektiven: Von der Errichtung eines Europäischen Sozialraums zur Europäischen Sozialunion**

A. Die Begriffe "Sozialraum" und "Sozialunion" .....	295
I. Der Begriff "Sozialraum" .....	295
II. Der Begriff "Sozialunion" .....	303
III. Ergebnis .....	307
B. Die Kompetenzen der Gemeinschaft im sozialen Bereich .....	308
I. Das Verhältnis der Gemeinschaft zu den Mitgliedstaaten .....	309
II. Spezielle Kompetenzzuweisungen im sozialen Bereich .....	345
III. Die Bedeutung allgemeiner Kompetenznormen für den sozialen Bereich .....	377
IV. Grenzen einer gemeinschaftlichen Kompetenzausübung im sozialen Bereich .....	384
V. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen .....	389
C. Das Protokoll über die Sozialpolitik mit dem darin enthaltenen Abkommen der Elf als weiterer Schritt auf dem Wege zur Errichtung einer Europäischen Sozialunion .....	392
I. Protokoll über die Sozialpolitik .....	392
II. Abkommen über die Sozialpolitik .....	394
III. Kritische Würdigung .....	399
<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Ausblick .....</b>	<b>404</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>413</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>442</b>



## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	29
-------------------------	----

### *1. Teil*

#### **Die gemeinschaftliche Praxis im sozialen Bereich**

<b>A. Die Bedeutung des sozialen Bereichs vor Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft</b> .....	34
<b>I. Der soziale Bereich von der Gründung der Gemeinschaft bis zu ihrer ersten Erweiterung</b> .....	34
1. Die Uneinigkeit der Gründerstaaten über den Rang der gemeinschaftlichen Sozialpolitik .....	34
2. Die Haltung einzelner Gemeinschaftsorgane und der Mitgliedstaaten zu einem gemeinschaftlichen Tätigwerden im sozialen Bereich .....	36
a) Erste Erfahrungen mit den Vorschriften des EWG-Vertrages .....	36
aa) Kommission und Europäisches Parlament .....	37
bb) Rat und Regierungen der Mitgliedstaaten .....	38
b) Die Krise im sozialen Bereich und ihre Überwindung .....	38
aa) Der Streit um die Befugnisse der Kommission im sozialen Bereich .....	38
bb) Der Kompromiß im sozialen Bereich .....	39
cc) Das weitere Verhalten einzelner Gemeinschaftsorgane .....	40
c) Neue Impulse durch die Gipfelkonferenzen von 1969 und 1972 .....	42
<b>II. Der soziale Bereich vom Zeitpunkt der ersten Erweiterung der Gemeinschaft bis zum Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte</b> .....	44

1. Gemeinschaftliche Aktionsprogramme im sozialen Bereich .....	44
2. Die Sorge um die Beschäftigungslage .....	45
3. Dreierkonferenzen der Regierungen der Mitgliedstaaten, der Gemeinschaft und der Sozialpartner .....	47
4. Forderungen des Europäischen Parlaments nach einem verstärkten Tätigwerden der Gemeinschaft im sozialen Bereich .....	48
III. Der soziale Bereich seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte .....	49
1. Neuerungen im sozialen Bereich durch die Einheitliche Europäische Akte .....	49
2. Die Annahme der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer im Jahre 1989 .....	50
3. Forderungen des Europäischen Parlaments nach einem verstärkten Tätigwerden der Gemeinschaft im sozialen Bereich .....	53
4. Der Soziale Dialog .....	54
B. Die Bedeutung des sozialen Bereichs nach Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft .....	55
I. Spezielle Kompetenzzuweisungen im sozialen Bereich .....	57
1. Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Recht auf freie Niederlassung .....	57
2. Gesundheitswesen .....	57
3. Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend .....	59
4. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt .....	61
II. Institutionen im sozialen Bereich .....	62
1. Europäischer Sozialfonds .....	62
2. Wirtschafts- und Sozialausschuß .....	62
III. Soziale Aspekte in Aufgaben- und Zielbestimmungen .....	63
IV. Änderungen allgemeiner Kompetenznormen .....	63
V. Beachtung des Subsidiaritätsprinzips für den sozialen Bereich .....	64
1. Ausschließliche Zuständigkeiten der Gemeinschaft .....	65
2. Konkurrierende Zuständigkeiten der Gemeinschaft .....	70

3. Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit .....	71
4. Kritische Würdigung .....	72
VI. Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Dezember 1993 .	74
VII. Das Grünbuch über die europäische Sozialpolitik und das Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäfti- gung" .....	75
VIII. Kritik des Europäischen Parlaments an der Gestaltung des sozialen Bereichs im Vertrag über die Europäische Union ....	78
C. Das Tätigwerden der Gemeinschaft im sozialen Bereich im einzelnen .....	79
I. Maßnahmen im Hinblick auf Wanderarbeitnehmer und ihre Familienangehörigen .....	79
1. Entwicklung und inhaltliche Ausgestaltung des Frei- zügigkeitsrechts .....	79
a) Entwicklung des Freizügigkeitsrechts .....	80
b) Inhaltliche Ausgestaltung des Freizügigkeitsrechts .....	82
aa) Zugang zum Arbeitsmarkt eines anderen Mit- gliedstaates .....	82
bb) Recht auf Gleichbehandlung .....	82
cc) Rechte der Familienangehörigen des Wander- arbeitnehmers .....	83
dd) Erlaß von für Wanderarbeitnehmer vorteilhaf- ten Reise- und Aufenthaltsbestimmungen .....	84
ee) Verbleiberecht .....	85
2. Ergänzende Maßnahmen zur Erleichterung der Inan- spruchnahme der Freizügigkeit .....	85
a) Transparenz des gemeinschaftsweiten Arbeitsmarktes ..	86
b) Gegenseitige Anerkennung der beruflichen Befähig- ungsnachweise .....	87
c) Aktion der Gemeinschaft in dem den Mitgliedstaaten vorbehaltenen Bereich der öffentlichen Verwaltung ....	90
d) Ergänzende Systeme der sozialen Sicherheit .....	90
e) Schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeit- nehmern .....	91
f) Erleichterung der Mobilität junger Arbeitskräfte .....	92
g) Verbesserung der Wohnsituation der Wanderarbeit- nehmer .....	94

h) Tätigkeit der Sozialdienste innerhalb der Gemeinschaft .....	95
3. Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer .....	95
a) Erste gemeinschaftliche Regelungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit .....	96
b) Inhaltliche Ausgestaltung der sozialen Sicherheit .....	97
II. Maßnahmen im Hinblick auf Personen, die von der Niederlassungsfreiheit oder dem Recht auf freien Dienstleistungsverkehr Gebrauch machen .....	99
1. Erlaß allgemeiner Programme zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs .....	99
2. Beseitigung von Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen ..	100
3. Inhaltliche Ausgestaltung der sozialen Sicherheit der Niederlassungsberechtigten .....	101
4. Ergänzende Maßnahmen zur Erleichterung der Inanspruchnahme des Rechts auf freie Niederlassung oder auf freien Dienstleistungsverkehr .....	102
III. Maßnahmen im Hinblick auf Unionsbürger und sonstige in der Gemeinschaft lebende Personen .....	102
1. Maßnahmen auf dem Gebiet des freien Personenverkehrs .....	102
2. Maßnahmen auf dem Gebiet des sozialen Schutzes .....	104
a) Sozialer Schutz im engeren Sinne und soziale Sicherheit .....	104
aa) Untersuchungen der Kommission in bezug auf den sozialen Schutz und die soziale Sicherheit ...	104
bb) Sozialer Schutz der Entwicklungshelfer .....	105
cc) Herausbildung gemeinsamer Kriterien für ausreichende Zuwendungen und Leistungen im Rahmen der Systeme der sozialen Sicherung .....	105
dd) Annäherung der Ziele und der Politik im Bereich des sozialen Schutzes .....	106
ee) Vorschlag der Kommission zur Ausweitung des sachlichen Geltungsbereichs der VO (EWG) Nr. 1408/71 .....	106
b) Finanzielle Hilfen .....	107
aa) Beihilfen zur Unterstützung entlassener oder von Entlassung bedrohter Arbeitnehmer .....	107
bb) "EGKS-Beihilfen" .....	109

cc)	Ausbildungshilfen für die Kinder entlassener Arbeitnehmer .....	109
dd)	Beihilfen zur Aus- oder Weiterbildung für Waisen .....	109
ee)	Unterstützung der Opfer von Naturkatastrophen .....	110
3.	Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes .....	110
a)	Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz .....	111
aa)	Maßnahmen in den EGKS-Sektoren .....	111
bb)	Maßnahmen im EAG-Sektor .....	112
cc)	Allgemeine Maßnahmen für alle Sektoren .....	113
	(1) Empfehlungen der Kommission .....	113
	(2) Aktionsprogramme .....	115
	(3) Erlaß von Richtlinien .....	116
b)	Öffentliches Gesundheitswesen .....	120
aa)	Maßnahmen im EAG-Sektor .....	120
bb)	Allgemeine Maßnahmen für alle Sektoren .....	121
4.	Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen .....	123
a)	Ermittlung der geltenden Arbeitsbedingungen .....	124
b)	Schutz der Arbeitnehmer vor Massentlassungen .....	125
c)	Schutz der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen .....	126
d)	Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers .....	126
e)	Kenntnis von den Bedingungen des Arbeitsvertrages ...	127
f)	Harmonisierung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr .....	127
g)	Betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer .....	128
aa)	Statut für Europäische Aktiengesellschaften .....	128
bb)	Struktur der Aktiengesellschaft .....	129
cc)	"Vredeling-Richtlinie" .....	130
dd)	Einsetzung Europäischer Betriebsräte .....	131
ee)	Weitere Vorschläge der Kommission .....	133
h)	Weitere Aktivitäten des Rates und der Kommission ....	133
5.	Maßnahmen auf dem Gebiet der Berufsausbildung .....	135
a)	Berufsberatung .....	136
b)	Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung und Erlaß von Leitlinien zur Ausarbeitung eines gemeinschaftlichen Tätigkeitsprogramms .....	136
c)	Aufstellung von Aktionsprogrammen .....	137

d)	Empfehlung des Rates über den Zugang zur beruflichen Weiterbildung und Entschließungen des Rates zur Berufsausbildung .....	141
e)	Berufliche Qualifikation von in der Landwirtschaft tätigen Personen .....	142
6.	Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus .....	142
7.	Maßnahmen zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsprozeß .....	143
a)	Erlaß der Richtlinie des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen .....	144
b)	Maßnahmen zur Verwirklichung einer umfassenden Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsprozeß .....	145
aa)	Richtlinien des Rates .....	145
bb)	Empfehlung des Rates zur Kinderbetreuung.....	146
cc)	Entschließung des Rates zum Schutz der Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz .....	147
dd)	Weitere Vorschläge der Kommission .....	147
8.	Maßnahmen zur Förderung einzelner Personengruppen ...	148
a)	Frauen .....	148
aa)	Aktionsprogramme .....	148
bb)	Weitere Maßnahmen .....	150
b)	Jugendliche .....	151
aa)	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit .....	152
bb)	Förderung des Jugendaustauschs .....	152
cc)	Weitere Maßnahmen des Rates und der Kommission .....	154
c)	Behinderte .....	154
d)	Verarmte Personen .....	159
e)	Ältere Menschen .....	161
f)	Arbeitslose .....	163
IV.	Errichtung von Institutionen im sozialen Bereich .....	165
1.	Europäischer Sozialfonds .....	165
a)	Erste Erfahrungen mit dem Europäischen Sozialfonds nach seiner Errichtung .....	165
b)	Reformen des Europäischen Sozialfonds .....	166
aa)	Reformen in den Jahren 1971, 1977 und 1983 ...	166
bb)	Reformen in den Jahren 1988 und 1993 .....	167
c)	Das finanzielle Volumen des Europäischen Sozialfonds .....	171

d) Besondere Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds zugunsten einzelner Mitgliedstaaten .....	172
2. Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung .....	173
3. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen .....	174
4. Europäische Stiftung für Berufsbildung .....	175

*2. Teil*

**Bewertung einzelner gemeinschaftlicher Maßnahmen im sozialen Bereich aus rechtlicher Sicht**

A. Einflüsse des Gemeinschaftsrechts auf individuelle Arbeitsverhältnisse .....	176
I. Sicherheits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer im Rahmen des EG-Vertrages .....	177
1. Gemeinschaftliche Rechtsetzung am Beispiel von Art. 118 a EGV .....	178
a) Entstehungsgeschichte des Art. 118 a EGV und Auslegung der Vorschrift .....	181
b) Verletzung von Art. 118 a EGV durch den Erlaß der RL 92/85/EWG? .....	187
aa) Inhalt der RL 92/85/EWG .....	187
bb) Bewertung der an der Richtlinie geübten Kritik ..	188
cc) Ergebnis .....	192
c) Das Verhältnis des Art. 118 a EGV zu anderen gemeinschaftlichen Handlungsermächtigungen .....	192
aa) Angleichung der Rechtsvorschriften (Art. 100 und 100 a EGV) .....	193
bb) Verkehr (Art. 75 und 84 EGV) .....	197
cc) Umwelt (Art. 130 s EGV) .....	197
dd) Gesundheitsschutz auf dem Gebiet der Kernenergie (Art. 30-39 EAGV) .....	198
d) Die Problematik des Erlasses von Mindestvorschriften .....	198
2. Empfehlungen der Kommission zur Annahme einer Europäischen Liste der Berufskrankheiten .....	200
a) Empfehlung vom 23.7.1962 .....	201
b) Empfehlung vom 22.5.1990 .....	202
c) Art. 118 a EGV als Handlungsermächtigung für einen verbindlichen Rechtsakt .....	204

II. Der vom Gemeinschaftsrecht gesetzte Rahmen für Arbeitsbedingungen .....	205
1. Begründung des Arbeitsverhältnisses .....	205
a) Inhalt der RL 91/533/EWG .....	206
b) Bewertung der an der Richtlinie geübten Kritik .....	207
aa) Kritik an der gewählten Rechtsgrundlage .....	207
bb) Inhaltliche Kritik .....	209
c) Ergebnis .....	211
2. Inhaltliche Gestaltung des Arbeitsverhältnisses .....	212
a) RL 77/187/EWG .....	213
aa) Inhalt der Richtlinie .....	213
bb) Vom Mitgliedstaat vorgesehenes Widerspruchsrecht als Verletzung der Richtlinie? .....	214
cc) Ergebnis .....	220
b) RL 80/987/EWG .....	221
aa) Inhalt der Richtlinie .....	221
bb) Haftung der Mitgliedstaaten für die nicht fristgemäße Umsetzung der Richtlinie .....	223
(1) Das <i>Francovich</i> -Urteil: Sachverhalt und tragende Gründe .....	223
(2) Aufnahme des <i>Francovich</i> -Urteils und an ihm geübte Kritik .....	227
(3) Weitere, durch das <i>Francovich</i> -Urteil aufgeworfene Fragen .....	233
cc) Ergebnis .....	236
 B. Der Transfer von Leistungen der sozialen Sicherheit als "Sozialtourismus" .....	 237
I. Gewährung von Familienleistungen nach den Art. 72 ff. VO (EWG) Nr. 1408/71 .....	238
1. Rechtliche Grundlagen .....	238
2. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs auf dem Gebiet der Familienleistungen und die hieran geübte Kritik .....	240
a) Wohnsitzerfordernis im Beschäftigungsstaat .....	241
aa) Rechtsprechung des Gerichtshofs .....	241
bb) Die an dieser Rechtsprechung geübte Kritik .....	242
b) Sonderregelungen für Frankreich .....	244
aa) Rechtsprechung des Gerichtshofs .....	244
bb) Die an dieser Rechtsprechung geübte Kritik .....	247
(1) Die "Exportverpflichtung" .....	247

(2) Die Rechtsfortbildung durch den Gerichtshof .....	248
c) Vermeidung einer Kumulierung von Ansprüchen auf Familienleistungen .....	254
aa) Rechtsprechung des Gerichtshofs .....	254
bb) Die an dieser Rechtsprechung geübte Kritik .....	256
3. Kritische Würdigung .....	258
II. Gewährung von Leistungen bei Krankheit nach den Art. 18 ff. VO (EWG) Nr. 1408/71 .....	260
1. Rechtliche Grundlagen .....	260
2. Die Entscheidungen <i>Rindone</i> und <i>Paletta</i> .....	262
a) Sachverhalte beider Entscheidungen .....	262
aa) <i>Rindone</i> .....	262
bb) <i>Paletta</i> .....	263
b) Tragende Gründe beider Entscheidungen .....	264
aa) <i>Rindone</i> .....	264
bb) <i>Paletta</i> .....	265
3. Die an den Entscheidungen geübte Kritik .....	267
4. Kritische Würdigung .....	269
III. Ergebnis .....	272
C. Der Soziale Dialog auf europäischer Ebene .....	275
I. Die Stärkung des Sozialen Dialogs seit Mitte der achtziger Jahre .....	276
II. Die Diskussion um Kollektivverträge auf europäischer Ebene .....	278
1. Die Bedeutung von Art. 118 b EGV für Kollektivverträge auf europäischer Ebene .....	278
2. Vertragsparteien eines Kollektivvertrages auf europäischer Ebene .....	280
a) Repräsentation der Vertragsparteien durch <i>UNICE</i> , <i>EGB</i> und <i>CEEP</i> .....	280
b) Repräsentation der Vertragsparteien durch andere Organisationen .....	282
3. Art des Vertragsabschlusses .....	283
a) Bisherige Lösungsvorschläge .....	284
b) Neuerungen durch das Abkommen über die Sozialpolitik .....	285
4. Möglicher Inhalt von Kollektivverträgen auf europäischer Ebene .....	287

a) Bisher vertretene Auffassungen .....	287
b) Neuerungen durch das Abkommen über die Sozialpolitik .....	289
5. Wirkung von Kollektivverträgen auf europäischer Ebene und rechtliche Überprüfung der Verträge .....	290
III. Perspektiven des Sozialen Dialogs auf europäischer Ebene ...	291

### 3. Teil

#### **Bilanz und Perspektiven: Von der Errichtung eines Europäischen Sozialraums zur Europäischen Sozialunion**

A. Die Begriffe "Sozialraum" und "Sozialunion" .....	295
I. Der Begriff "Sozialraum" .....	295
1. Sicht der Gemeinschaft .....	297
2. Sicht eines Mitgliedstaats .....	299
3. Sicht des Schrifttums .....	301
II. Der Begriff "Sozialunion" .....	303
1. Sicht der Gemeinschaft .....	303
2. Sicht des Schrifttums .....	305
III. Ergebnis .....	307
B. Die Kompetenzen der Gemeinschaft im sozialen Bereich .....	308
I. Das Verhältnis der Gemeinschaft zu den Mitgliedstaaten .....	309
1. Kompetenzzuweisungen an die Gemeinschaft im allgemeinen .....	309
a) Grundsätze .....	309
aa) Keine Allzuständigkeit der Gemeinschaft .....	309
bb) Das sog. "Prinzip der begrenzten Ermächtigung" .....	310
b) Der Gemeinschaft ausdrücklich zugewiesene Kompetenzen .....	314
aa) Einleitung .....	314
bb) Kompetenzen aus speziellen Vertragsvorschriften .....	314
cc) Kompetenzen aus Aufgaben- und Zielbestimmungen i.V.m. subsidiären Kompetenznormen ..	315
c) Stillschweigend begründete Kompetenzen ("implied powers") der Gemeinschaft .....	317

d) Die Bedeutung subsidiärer Kompetenznormen am Beispiel von Art. 235 EGV .....	318
aa) Einleitung .....	318
bb) Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 235 EGV ..	319
(1) Vertrag sieht erforderliche Befugnisse nicht vor .....	319
(2) Ziel der Gemeinschaft .....	320
(3) Zielverwirklichung im Rahmen des Gemeinsamen Marktes .....	323
(4) Tätigwerden der Gemeinschaft erscheint erforderlich .....	324
(5) Erlaß der geeigneten Vorschriften durch den Rat .....	325
cc) Ergebnis .....	325
e) Wahrnehmung der Kompetenzen durch die ermächtigten Gemeinschaftsorgane .....	326
aa) Keine allgemeine Rechtsetzungsbefugnis der Organe .....	326
bb) Übertragung von Kompetenzen eines Organs auf andere Organe oder Gemeinschaftsinstitutionen .	327
f) Handlungsformen des gemeinschaftlichen Tätigwerdens .....	328
aa) Rechtsakte der Art. 189 EGV und 161 EAGV ...	328
(1) Verordnung .....	328
(2) Richtlinie .....	329
(3) Entscheidung .....	331
(4) Empfehlungen und Stellungnahmen .....	332
(5) Abgrenzung der Rechtsakte .....	333
(6) Auswahl des Rechtsakts .....	333
bb) Sonstige Rechtshandlungen .....	334
2. Wesentliche Eigenschaften des Gemeinschaftsrechts .....	335
a) Das Verhältnis von Gemeinschaftsrecht zu nationalem Recht .....	335
aa) Vorrang des Gemeinschaftsrechts .....	336
bb) Unmittelbare Geltung des Gemeinschaftsrechts ..	338
b) Der Grundsatz des "effet utile" .....	340
c) Die Dynamik des Gemeinschaftsrechts .....	341
II. Spezielle Kompetenzzuweisungen im sozialen Bereich .....	345
1. Einleitung .....	345
2. Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer .....	345
a) Freizügigkeit (Art. 48 f. EGV) .....	346
b) Soziale Sicherheit (Art. 51 EGV) .....	351

3. Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs .....	355
a) Inhalt der Freiheiten .....	356
b) Die Entscheidung <i>Cowan</i> .....	358
4. Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsprozeß .....	360
5. Sicherheits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer .....	363
6. Förderung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern .....	363
7. Berufsausbildung .....	363
a) Gemeinschaftliches Tätigwerden in bezug auf die Berufsausbildung in den Mitgliedstaaten .....	364
aa) Auslegung des Art. 128 EWGV durch den Gerichtshof .....	365
bb) Die an dieser Rechtsprechung geübte Kritik .....	366
cc) Ergebnis .....	366
b) Zugang zum Berufsausbildungssystem eines anderen Mitgliedstaats .....	367
aa) Rechte der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen .....	367
bb) Rechte sonstiger Unionsbürger .....	369
8. Abstimmung der Sozialordnungen und Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in sozialen Fragen .....	369
a) Abstimmung der Sozialordnungen (Art. 117 EGV) .....	370
b) Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in sozialen Fragen (Art. 118 EGV) .....	373
c) Ergebnis .....	377
<b>III. Die Bedeutung allgemeiner Kompetenznormen für den sozialen Bereich .....</b>	<b>377</b>
1. Die Bedeutung der Kompetenzen zur Angleichung der Rechtsvorschriften (Art. 100 ff. EGV) .....	378
a) Art. 100 EGV .....	378
b) Art. 100 a EGV .....	379
2. Die Bedeutung der subsidiären Kompetenznorm des Art. 235 EGV .....	381
a) Gründung von Institutionen .....	381
b) Erlaß von Rechtsakten .....	382
<b>IV. Grenzen einer gemeinschaftlichen Kompetenzausübung im sozialen Bereich .....</b>	<b>384</b>
1. Beschränkung durch Vorschriften, die spezielle Kompetenzzuweisungen im sozialen Bereich enthalten .....	384

2. Beschränkung durch sonstige Vertragsvorschriften .....	386
3. Beachtung der Grundrechte .....	386
4. Beschränkung durch allgemeine Prinzipien .....	387
a) Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ...	387
b) Beachtung des Grundsatzes der loyalen Zusammen- arbeit zwischen der Gemeinschaft und den Mitglied- staaten .....	388
c) Beachtung des Subsidiaritätsprinzips .....	389
V. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen .....	389
C. Das Protokoll über die Sozialpolitik mit dem darin enthaltenen Abkommen der Elf als weiterer Schritt auf dem Wege zur Errichtung einer Europäischen Sozialunion .....	392
I. Protokoll über die Sozialpolitik .....	392
1. Inhalt .....	392
2. Rechtsnatur .....	393
II. Abkommen über die Sozialpolitik .....	394
1. Inhalt .....	394
a) Ziele der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten .....	394
b) Tätigkeitsfelder im Rahmen des Abkommens .....	395
c) Sozialer Dialog .....	396
d) Übertragung der Durchführung von Richtlinien auf die Sozialpartner .....	397
e) Sicherstellung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen .....	397
f) Aufgaben und Pflichten der Kommission .....	398
2. Rechtsnatur .....	398
III. Kritische Würdigung .....	399
<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Ausblick .....</b>	<b>404</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>413</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>442</b>

## **Abkürzungsverzeichnis**

<b>a.A. / A.A.</b>	<b>anderer Ansicht</b>
<b>ABl.</b>	<b>Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften</b>
<b>Abs.</b>	<b>Absatz / Absätze</b>
<b>a.E.</b>	<b>am Ende</b>
<b>a.F.</b>	<b>alte Fassung</b>
<b>AFG</b>	<b>Arbeitsförderungsgesetz</b>
<b>AiB</b>	<b>Arbeitsrecht im Betrieb</b>
<b>Anm.</b>	<b>Anmerkung (in der vorliegenden Arbeit)</b>
<b>AöR</b>	<b>Archiv des öffentlichen Rechts</b>
<b>AP</b>	<b>Arbeitsrechtliche Praxis (Entscheidungssammlung)</b>
<b>ArbG</b>	<b>Arbeitsgericht</b>
<b>ArbuR</b>	<b>Arbeit und Recht</b>
<b>Art.</b>	<b>Artikel</b>
<b>Aufl.</b>	<b>Auflage</b>
<b>AWD</b>	<b>Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters</b>
<b>BAG</b>	<b>Bundesarbeitsgericht / Entscheidungen des BAG (amtliche Sammlung)</b>
<b>BArbBl.</b>	<b>Bundesarbeitsblatt</b>
<b>BayVBl.</b>	<b>Bayerische Verwaltungsblätter</b>
<b>BB</b>	<b>Betriebs-Berater</b>
<b>Bd.</b>	<b>Band</b>
<b>BGBI.</b>	<b>Bundesgesetzblatt</b>
<b>BKGG</b>	<b>Bundeskindergeldgesetz</b>
<b>BR-Drs.</b>	<b>Bundesrats-Drucksache / Bundesrats-Drucksachen</b>
<b>BReg.</b>	<b>Bundesregierung</b>
<b>BSG</b>	<b>Bundessozialgericht</b>
<b>BT-Drs.</b>	<b>Bundestagsdrucksache</b>
<b>Buchst.</b>	<b>Buchstabe / Buchstaben</b>
<b>Bull.</b>	<b>Bulletin</b>

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
bzw.	beziehungsweise
CDE	Cahiers de Droit Européen
CMLR	Common Market Law Review
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe / dieselben
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EA	Europa-Archiv
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der EAG
ebd.	ebenda (vorhergehende Anmerkung)
ECLR	European Competition Law Review
ECU	European Currency Unit
ed., eds.	editor / editors
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der EGKS
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Titel II des Vertrages über die Europäische Union)
ELR	European Law Review
EP	Europäisches Parlament
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERE	Europäische Rechnungseinheiten
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union

<b>EuGH</b>	<b>Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften</b>
<b>EuGRZ</b>	<b>Europäische Grundrechte-Zeitschrift</b>
<b>EUI</b>	<b>European University Institute</b>
<b>EuR</b>	<b>Europarecht</b>
<b>EUV</b>	<b>Vertrag über die Europäische Union</b>
<b>EuZW</b>	<b>Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht</b>
<b>EWG</b>	<b>Europäische Wirtschaftsgemeinschaft</b>
<b>EWGV</b>	<b>Vertrag zur Gründung der EWG</b>
<b>FS</b>	<b>Festschrift</b>
<b>GA</b>	<b>Generalanwalt</b>
<b>GTE</b>	<b>Groeben / Thiesing / Ehlermann (s. Literaturverzeichnis)</b>
<b>h.M.</b>	<b>herrschende Meinung</b>
<b>Hrsg.</b>	<b>Herausgeber</b>
<b>IAO</b>	<b>Internationale Arbeitsorganisation</b>
<b>i. V. m.</b>	<b>in Verbindung mit</b>
<b>JA</b>	<b>Juristische Arbeitsblätter</b>
<b>JCMS</b>	<b>Journal of Common Market Studies</b>
<b>JöR</b>	<b>Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart</b>
<b>JuS</b>	<b>Juristische Schulung</b>
<b>JZ</b>	<b>Juristenzeitung</b>
<b>KOM</b>	<b>Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Dokumente</b>
<b>KSchG</b>	<b>Kündigungsschutzgesetz</b>
<b>KSE</b>	<b>Kölner Schriften zum Europarecht</b>
<b>LohnFG</b>	<b>Lohnfortzahlungsgesetz</b>
<b>Mio.</b>	<b>Million, Millionen</b>
<b>Mrd.</b>	<b>Milliarde, Milliarden</b>
<b>m. w. N.</b>	<b>mit weiteren Nachweisen</b>
<b>NDV</b>	<b>Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge</b>
<b>NJW</b>	<b>Neue Juristische Wochenschrift</b>
<b>NVwZ</b>	<b>Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht</b>
<b>NZA</b>	<b>Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht</b>
<b>NZS</b>	<b>Neue Zeitschrift für Sozialrecht</b>

o.g.	oben genannt / oben genannter / oben genannte / oben genannten
RdA	Recht der Arbeit
RE	Rechnungseinheiten
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer / Randnummern
RMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
S.	Satz / Sätze / siehe
SG	Sozialgericht
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften
sog.	sogenannte / sogenannter
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
u.a.	unter anderem / und andere
u.ä.	und ähnliches
u.U.	unter Umständen
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung / Vorbemerkungen
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
WEGS	Wohlfahrt / Everling / Glaesner / Sprung (s. Literaturverzeichnis)
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuß
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZERP-DP	Zentrum für europäische Rechtspolitik, Diskussions-Papier
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung

ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIAS	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht
Ziff.	Ziffer / Ziffern
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSfH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform

## Einleitung

Im europäischen Einigungsprozeß wird seit der Inangriffnahme des Projekts der Errichtung und Vollendung des Binnenmarktes auch der sozialen Dimension des Binnenmarktes – und damit der Gemeinschaftstätigkeit im sozialen Bereich – verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. Das "soziale Europa", der "europäische Sozialraum" und die "Europäische Sozialunion" sind in den letzten Jahren ebenso ins Gespräch gekommen wie ein angenommenes "soziales Defizit" Europas. Nachdem die Staats- und Regierungschefs von elf Mitgliedstaaten im Jahre 1989 die "Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer" angenommen haben, worüber die Tagespresse ausführlich berichtet hat, ist das Bestreben der Gemeinschaft, neben der Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen Bereich eine verstärkte Integration im sozialen Bereich zu erreichen, einer breiten Öffentlichkeit bewußt geworden. Hingegen ist nicht in diesem Maße von der Öffentlichkeit bemerkt worden, daß kurz vor Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union das gesamte Vertragswerk zu scheitern drohte: Grund hierfür waren nicht etwa umstrittene Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion oder der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern die tiefgreifenden Kontroversen zwischen elf Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über das weitere Vorgehen der Gemeinschaft im sozialen Bereich. Schon daran zeigt sich die Brisanz der Errichtung eines "sozialen Europas".

Was jedoch ist unter dem sozialen Bereich zu verstehen? Worin liegt die "soziale Dimension" der Gemeinschaft, die der Rat als eines seiner "Hauptanliegen"<sup>1</sup> bezeichnet und von der die Kommission annimmt, sie sei "seit den Anfängen der Gemeinschaft zu einem wesentlichen Bestandteil des Integrationsprozesses geworden"?<sup>2</sup> In welcher Weise wird die Gemeinschaft, die

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Antwort des Rates vom 22.12.1993 auf die schriftliche Anfrage E-2613/93, ABl. C 32/55 (1994).

<sup>2</sup> KOM (93) 551 vom 17.11.1993, 14.

doch noch immer als eine primär mit wirtschaftlichen Fragen befaßte Gemeinschaft verstanden wird,<sup>3</sup> im sozialen Bereich tätig, und wie kann es dazu kommen, daß ein einzelner Mitgliedstaat sich einem gemeinschaftlichen Tätigwerden im diesem Politikbereich derart vehement widersetzt?

Eine genaue Darstellung dessen, was den sozialen Bereich in einem Gemeinwesen – und damit auch in der Gemeinschaft – ausmacht, ist angesichts des schillernden und weiten Begriffs "sozial" kaum zu leisten. Um der Gefahr zu begegnen, mittels eines – notwendigerweise dem eigenen nationalen Recht verhafteten – bestimmten Verständnisses des Begriffs "sozial" eine Begriffsbildung vorzunehmen, die auf Gemeinschaftsebene unter Umständen untauglich wäre, da sie Sachverhalte ausgrenzen würde, die die Gemeinschaft erfassen will, wird im folgenden unter dem sozialen Bereich dasjenige Tätigwerden der Gemeinschaft verstanden, das die Gemeinschaft selbst als ein solches beschreibt. Dabei ist festzustellen, daß die Gemeinschaft den sozialen Bereich im Gegensatz zu rein wirtschaftlichen Maßnahmen sieht, d.h. der soziale Bereich umfaßt nach dem Gemeinschaftsverständnis alle diejenigen Maßnahmen, die den einzelnen nicht zuerst und vorwiegend als Wirtschaftsfaktor begreifen, sondern ihn in seiner "sozialrechtlichen" Stellung sehen. Insoweit besteht ein enger Bezug zu dem seit einigen Jahren diskutierten Begriff des "Europas der Bürger",<sup>4</sup> der aber über den sozialen Bereich noch hinausgeht, indem er auch politische Aspekte – zu nennen ist insbesondere das Wahlrecht<sup>5</sup> – berücksichtigt.

Die besonderen Schwierigkeiten, auf die ein gemeinschaftliches Vorgehen im sozialen Bereich trifft, liegen darin begründet, daß Maßnahmen im sozialen Bereich als "Innenpolitik" verstanden werden, so daß jede Einwirkung von außen besonders kritisch aufgenommen wird. Zudem treffen gemeinschaftliche Maßnahmen im sozialen Bereich auf ganz unterschiedliche – historisch gewachsene und teilweise hart erkämpfte – Sozialsysteme, die den von ihnen erfaßten Personen vertraut sind. Je nach nationalem Verständnis

---

<sup>3</sup> Vgl. *Bieback*, Deutsche Rentenversicherung 1/94, 22.

<sup>4</sup> Vgl. dazu *Magiera*, *Emergence*.

<sup>5</sup> Vgl. dazu insbesondere die RL 93/109/EG des Rates vom 6.12.1993 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum EP für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ABl. L 329/34.

und nationaler Denktradition richten sich daher sehr unterschiedliche Erwartungen an ein hoheitliches Tätigwerden im sozialen Bereich.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, das gemeinschaftliche Tätigwerden im sozialen Bereich zu erfassen und rechtlich zu würdigen. Schwerpunkte dieser Untersuchung liegen auf Gebieten, die in jüngster Zeit auf gemeinschaftlicher und mitgliedstaatlicher Ebene wie auch im Schrifttum besonders intensiv erörtert worden sind. Dies sind u.a. die Gebiete Arbeitsschutzrecht und Arbeitsrecht sowie der Transfer von Leistungen der sozialen Sicherheit von einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat. Einen weiteren Schwerpunkt der Untersuchung bilden grundsätzliche Fragen von Kompetenzzuweisungen an die Gemeinschaft im sozialen Bereich.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Der *erste Teil* stellt die *gemeinschaftliche Praxis im sozialen Bereich* dar. Hierzu wird zunächst die Bedeutung des sozialen Bereichs für die Gemeinschaft vor Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft untersucht. Dies geschieht in drei Zeitabschnitten: (1.) vom Zeitpunkt der Gründung der Gemeinschaft bis zur ersten Erweiterung der Gemeinschaft, (2.) vom Zeitpunkt der ersten Erweiterung bis zum Inkrafttreten der EEA und (3.) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der EEA bis in die Gegenwart. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die gegensätzlichen Standpunkte einzelner Gemeinschaftsorgane zu einem Tätigwerden der Gemeinschaft im sozialen Bereich deutlich voneinander abzugrenzen. Im Anschluß daran wird die Bedeutung des sozialen Bereichs für die Gemeinschaft nach Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft behandelt. Schließlich wird das Tätigwerden der Gemeinschaft im sozialen Bereich im einzelnen beschrieben, um so eine umfassende Darstellung des gemeinschaftlichen Tätigwerdens im sozialen Bereich aufzuzeigen, die – soweit ersichtlich – bisher im Schrifttum nicht in dieser Form vorliegt. In Kapitel A. des ersten Teils erfolgt eine Beschränkung auf die von der Gemeinschaft vorgelegten Dokumente, das Schrifttum wird nur vereinzelt ergänzend herangezogen; in Kapitel B. des ersten Teils hingegen wird angesichts der Aktualität der Materie das Schrifttum ergänzend herangezogen.

Ziel des *zweiten Teils* der Arbeit ist es, eine *rechtliche Bewertung einzelner gemeinschaftlicher Maßnahmen im sozialen Bereich* vorzunehmen. Dabei wurden solche Maßnahmen ausgewählt, die in besonderem Maße geeignet